

# Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz<sup>7</sup>

(vom 8. Dezember 1974)<sup>1</sup>

## I. Allgemeine Bestimmungen, Zuständigkeiten

§ 1. <sup>1</sup> Dieses Gesetz bezweckt, in Ausführung und Ergänzung der Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz<sup>8</sup> die Reinheit des Wassers zu erhalten und zu verbessern.<sup>15</sup> Zweck

<sup>2</sup> Zum Schutz der ober- und unterirdischen natürlichen und künstlich geschaffenen öffentlichen und privaten Gewässer sind diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die geboten sind, um bestehende Verunreinigungen zu bekämpfen, neue schädliche Vorkehrungen zu verhindern und Gefährdungen vorsorglich zu beheben.

<sup>3</sup> Dem öffentlichrechtlichen Schutz wird auch die mengenmässige Erhaltung des Wassers unterstellt.

§ 2. <sup>1</sup> Dem Regierungsrat obliegt die Aufsicht über den Vollzug der Gewässerschutzbestimmungen des Bundes und des Kantons. Aufgaben  
a. Des

<sup>2</sup> Er trifft die ihm durch die Rechtsordnung vorbehaltenen Entschiede. Regierungsrates

<sup>3</sup> Er legt durch Verordnung die Zuständigkeiten und das Verfahren für Verwaltungstätigkeiten fest, die auf Grund der Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz erforderlich sind (Bewilligungen, Genehmigungen usw.).

§ 3. <sup>1</sup> Die Baudirektion trifft die zum Schutz der Gewässer erforderlichen Entschiede und Anordnungen, soweit dazu nicht andere Organe zuständig erklärt werden. Sie überwacht und koordiniert die örtliche und regionale Planung und die Durchführung der zum Schutz der Gewässer erforderlichen Massnahmen. b. Der  
Baudirektion

<sup>2</sup> Sie erlässt die erforderlichen technischen und organisatorischen Weisungen und Richtlinien zum Vollzug dieses Gesetzes.

<sup>3</sup> Sie verfügt anstelle einer Gemeinde, welche trotz Aufforderung ihre Aufsichtspflichten oder Aufgaben auf dem Gebiet des Gewässerschutzes vernachlässigt, die erforderlichen Massnahmen, sofern öffentliche Interessen dies gebieten. Die Kosten sind von der Gemeinde zu tragen, welche auf den Pflichtigen Rückgriff nehmen kann.

§ 4. <sup>1</sup> Kantonale Fachstelle für Gewässerschutz im Sinne der Bundesgesetzgebung ist das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft<sup>18</sup>. c. Des Amtes für  
Abfall, Wasser,  
Energie und  
Luft<sup>18</sup>

<sup>2</sup> Es überwacht die Erfüllung der den Gemeinden und den Privaten gemäss den Gewässerschutzbestimmungen des Bundes und des Kantons auferlegten Verpflichtungen und berät die Gemeinden in Angelegenheiten des Gewässerschutzes.

<sup>3</sup> Es trifft bei Missständen und drohender Gefahr die nötigen Massnahmen, soweit es selbst zuständig ist, und stellt andernfalls entsprechende Anträge an die Baudirektion.

d. Des  
Gewässerschutz-  
laboratoriums

§ 5. Das kantonale Gewässerschutzlaboratorium hat systematische, chemische und biologische Untersuchungen der Gewässer und der sie beeinflussenden Einwirkungen sowie gezielte Untersuchungen bei besonderen Verhältnissen und Vorkommnissen durchzuführen.

e. Der  
Gewässerschutz-  
und Abfall-  
kommission

§ 6.<sup>14</sup>

f. Der  
Gemeinden

§ 7. <sup>1</sup> Den Gemeinden obliegt die unmittelbare Aufsicht und Kontrolle über die Einhaltung der Gewässerschutzbestimmungen des Bundes und des Kantons sowie der gestützt darauf erlassenen Verfügungen.

<sup>2</sup> Sie sind insbesondere zuständig für

- a. den Erlass der zur Verwirklichung des Sanierungsplanes nötigen Verfügungen gegenüber den Inhabern bestehender Einleitungen und Versickerungen;
- b. die Festlegung von Grundwasserschutzzonen im Sinne der §§ 34 ff.;
- c. die Abnahme von Gewässerschutzeinrichtungen einschliesslich Tankanlagen und Gebindelager im Rahmen der Baukontrolle;
- d. die Kontrolle des ordnungsgemässen Betriebes und Unterhalts von Anlagen und Einrichtungen zum Schutz der Gewässer;
- e.<sup>15</sup> den Erlass kommunaler Kanalisations- und Gebührenverordnungen.

Bewilligungs-  
pflicht

§ 8. <sup>1</sup> Wer Vorkehren treffen will, welche die Güte des Wassers beeinträchtigen oder die Wassermenge eines Gewässers verändern könnten, hat eine kantonale Bewilligung einzuholen. Der Regierungsrat legt durch Verordnung<sup>4</sup> die Zuständigkeiten fest. Er kann die Befugnis zur Erteilung bestimmter Bewilligungen den Gemeinden übertragen.

<sup>2</sup> Bewilligungen sind mit den im Interesse des Gewässerschutzes gebotenen Bedingungen und Auflagen zu versehen. Rechtskräftig verfügte Anordnungen können im Grundbuch angemerkt werden.

§ 9. <sup>1</sup> Sind Gewässerschutzbestimmungen des Bundes und des Kantons sowie gestützt darauf erlassene Verfügungen verletzt, ist die Schaffung oder Wiederherstellung des vorgeschriebenen Zustandes innert angemessener Frist und unter Androhung der Ersatzvornahme zu Lasten des Pflichtigen anzuordnen. Ersatzvornahme

<sup>2</sup> Massnahmen, die innerhalb der gesetzten Frist nicht oder nicht vorschriftsgemäss ausgeführt werden, sind auf Kosten des Pflichtigen durchführen zu lassen.

§ 10. Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft<sup>18</sup> ist befugt, in dringenden Fällen der Gefährdung von Gewässern die erforderlichen Schutzmassnahmen selbst zu treffen, wenn den für die Gefährdung Verantwortlichen die rechtlichen und technischen Mittel fehlen. Die Kosten sind von den für die Gefährdung Verantwortlichen zu tragen. Sicherungs-  
massnahmen

§ 11. Zur Behebung einer bestehenden oder unmittelbar drohenden Gewässerverunreinigung sind neben oder anstelle der Ersatzvornahme die erforderlichen unmittelbaren Zwangsmassnahmen, wie Ausserbetriebsetzung der betreffenden Anlagen, Entfernung defekter Einrichtungen, Boden- oder andere Untersuchungen, Wohn- oder Bewerbungsverbot usw., zu verfügen. Solche Zwangsmassnahmen sind auf die Dauer der Verunreinigung oder der Gefährdung zu beschränken. Allfällige Kosten sind von den für die Verunreinigung oder Gefährdung Verantwortlichen zu tragen. Unmittelbarer  
Zwang

§ 12. Soweit dem Bau und Betrieb öffentlicher Anlagen im Sinne dieses Gesetzes private Rechte entgegenstehen, kann der Regierungsrat das Enteignungsrecht gewähren. Massgebend ist die kantonale Gesetzgebung über die Abtretung von Privatrechten<sup>5</sup>. Enteignung

§ 13. <sup>1</sup> Die Baudirektion kann die Bewilligung für Vorkehren, welche die Gewässer gefährden, von einer angemessenen Sicherheitsleistung für die Erfüllung von Bedingungen und Auflagen sowie für die Kosten von Schadenfällen abhängig machen. Im übrigen kann der Pflichtige auch zu angemessener Sicherheitsleistung verhalten werden, wenn für die Durchführung von Ersatzvornahmen mit verhältnismässig hohen Kosten zu rechnen ist. Sicherheits-  
leistung

<sup>2</sup> Die Baudirektion kann nach erfolgter Androhung anordnen, dass die sichergestellten Mittel zur Schaffung des vorschriftsgemässen Zustandes zu verwenden sind, wenn der Bewilligungsinhaber innert der angesetzten Frist seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

**II. Ableitung und Reinigung der Abwässer**

Generelles  
Kanalisations-  
projekt

§ 14. <sup>1</sup> Die Gemeinden erstellen für das im Zonenplan ausgeschiedene Baugebiet ein generelles Kanalisationsprojekt, das ausser den öffentlichen Leitungen die zentralen Abwasserreinigungsanlagen, Regenwasserentlastungen usw. und, soweit möglich, die Nebenleitungen enthält. Das generelle Kanalisationsprojekt bedarf der Genehmigung des Regierungsrates.

<sup>2</sup> Öffentliche und private Kanalisationen und Abwasserreinigungsanlagen sind in Übereinstimmung mit dem generellen Kanalisationsprojekt und nach Massgabe der Erschliessungsplanung oder, wo eine solche fehlt, der baulichen Entwicklung zu erstellen.

Baupflicht  
und Unterhalt

§ 15. <sup>1</sup> Die Gemeinden haben zur Ableitung und Reinigung der Abwässer ein öffentliches Kanalnetz mit den nötigen zentralen Reinigungsanlagen entsprechend den Forderungen eines zeitgemässen Gewässerschutzes und nach Massgabe der örtlichen Bedürfnisse zu erstellen, zu verbessern, zu unterhalten und zu betreiben. Der Regierungsrat kann säumige Gemeinden zur Erfüllung dieser Pflichten anhalten.

<sup>2</sup> Sache der Gemeinde ist die Erstellung von Abwasseranlagen zur Sanierung von Ortsteilen, Weilern, Bauten und Anlagen ausserhalb des im generellen Kanalisationsprojekt abgegrenzten Gebietes, wenn diese mehr als 30 Einwohner oder Einwohnergleichwerte aufweisen oder besondere öffentliche Interessen vorliegen.

<sup>3</sup> Nebenleitungen aus den Quartieren zur öffentlichen Kanalisation können durch die Gemeinde, ganz oder teilweise auf Kosten der Eigentümer der anzuschliessenden Grundstücke, erstellt werden. Die Nebenleitungen sind mit der Abnahme in das Eigentum der Gemeinde zu überführen.

<sup>4</sup> Erstellung, Unterhalt und Reinigung der Abwasseranlagen der einzelnen Grundstücke sind Sache der Grundeigentümer und richten sich nach den Vorschriften der Gemeinde. Erstellung, Betrieb und Unterhalt von Anlagen zur Vorreinigung industrieller und gewerblicher Abwässer sind Sache der Betriebsinhaber.

<sup>5</sup> Massnahmen am öffentlichen Kanalisationsnetz, die qualitative oder quantitative Veränderungen bestehender oder neuer Abwasserleitungen in ein Oberflächengewässer zur Folge haben, sowie Massnahmen an Abwasserreinigungsanlagen, die Reinigungs- und Schlammbehandlungsprozesse oder die anfallenden Rückstände beeinflussen, bedürfen einer Bewilligung des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft.<sup>17</sup>

§ 16. <sup>1</sup> Eigentümer von Anlagen, die der Ableitung oder Reinigung von Abwässern dienen, können verpflichtet werden, Dritten gegen angemessene Entschädigung die Mitbenützung ihrer Anlagen zu gestatten. Mitbenützung

<sup>2</sup> Einigen sich die Beteiligten über die Höhe der Entschädigung nicht, so wird darüber auf Begehren des Mitbenützers im Schätzungsverfahren nach der kantonalen Gesetzgebung über die Abtretung von Privatrechten<sup>5</sup> befunden. Der Mitbenützer kann in diesem Verfahren die sofortige Abtretung der erforderlichen Rechte verlangen. Er hat in diesem Fall auf Verlangen des Abtretungspflichtigen eine von der Schätzungskommission festzusetzende Sicherheit zu leisten. Bei besonders schlechter wirtschaftlicher Lage des Mitbenützers leistet die Gemeinde dem Abtretungspflichtigen diese Sicherheit, wobei die Entschädigungspflicht beim Mitbenützer verbleibt.

§ 17. <sup>1</sup> Die Gemeinde erteilt die Bewilligung zum Anschluss von Abwasserleitungen an öffentliche Kanalisationen mit zentralen Reinigungsanlagen. Anschlussbewilligung

<sup>2</sup> Der Regierungsrat bezeichnet Art und Beschaffenheit der Abwässer, welche in öffentliche Kanalisationen eingeleitet werden dürfen. Abwässer mit schädlichen Wirkungen für die Abwasseranlagen sind vor ihrer Einleitung in die Kanalisationen nach den Anordnungen des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft<sup>18</sup> auf Kosten des Verursachers vorzubehandeln.

§ 18. Die Gemeinden regeln das Kanalisationswesen für ihr Gebiet im Rahmen der Vorschriften dieses Gesetzes durch Verordnungen, die der Genehmigung durch die Baudirektion bedürfen. Kanalisationsverordnungen

§ 19. Vor Erteilung einer Baubewilligung für ausserhalb der Bauzonen gelegene Bauten und Anlagen, die an die Kanalisation angeschlossen werden oder von denen keine Abwässer anfallen, muss das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft<sup>18</sup> angehört werden. Anhörung zu Baubewilligungen

§ 20. <sup>1</sup> Jede andere Art der Abwasserbeseitigung als der Anschluss an das öffentliche Kanalnetz und an zentrale Reinigungsanlagen bedarf der Bewilligung des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft<sup>18</sup>. Andere Arten der Abwasserbeseitigung

<sup>2</sup> Bei Bauten und Anlagen, die aus zwingenden Gründen nicht an das öffentliche Kanalnetz und an zentrale Reinigungsanlagen angeschlossen werden können oder für deren Abwässer die zentrale Reinigung nicht geeignet ist, ordnet das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft<sup>18</sup> die besondere Art der Behandlung an.

<sup>3</sup> Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft<sup>18</sup> oder der Gemeinderat kann anordnen, dass private Einzel- oder Gruppenreinigungsanlagen auf Kosten der Eigentümer durch Organe der kantonalen oder Gemeindefachstellen betrieben und kontrolliert werden.

Sanierungspläne im allgemeinen

§ 21. <sup>1</sup> Der Staat und die Gemeinden erstellen Sanierungspläne im Sinne der Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz<sup>8</sup>.

<sup>2</sup> Die Sanierungspläne legen die Art und die zeitliche Folge der wesentlichen Sanierungsmassnahmen fest.

<sup>3</sup> Die Sanierungspläne dienen den kantonalen und kommunalen Gewässerschutzorganen als Richtlinie für die Anordnung öffentlicher und privater Massnahmen zur Verbesserung der Abwasserverhältnisse. Sie sind für die Grund- und Anlageeigentümer nicht bindend.

<sup>4</sup> Die Baudirektion kann Termine, die in Sanierungsplänen festgelegt sind, verbindlich erklären, allenfalls vorverlegen sowie schärfere Massnahmen anordnen, wenn Missstände dies erfordern. Sie kann kleinere Änderungen oder Berichtigungen an Sanierungsplänen nach Anhören der Gemeinde selbst vornehmen.

Sanierungspläne der Gemeinden

§ 22. <sup>1</sup> Die Sanierungspläne der Gemeinden haben die von den Gemeinden wie die von den privaten Grund- oder Anlageeigentümern zu sanierenden Gebiete, Bauten und Anlagen im Sinne der Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz<sup>8</sup> zu enthalten. Sie bedürfen der Genehmigung durch den Regierungsrat.

<sup>2</sup> Die Gemeinden treffen für die Verwirklichung ihrer Sanierungspläne rechtzeitig die erforderlichen Massnahmen. In den Sanierungsplänen enthaltene Verbesserungen privater Anlagen werden von den Gemeinden angeordnet, auch wenn die Sanierungsmassnahme die Bewilligung durch eine kantonale Stelle erfordert; die Kosten tragen die Grund- und Anlageeigentümer.

§§ 23–28.<sup>14</sup>

#### IV. Schadendienste, insbesondere Ölwehr

Ordentliche Schadendienste

§ 29. <sup>1</sup> Um Gefährdungen und Verunreinigungen von Gewässern bei Schadensfällen zu vermeiden, einzudämmen oder zu beheben, werden Schadendienste geschaffen.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt die Zusammensetzung und den Einsatz der Schadendienste durch Verordnung<sup>4</sup>. Im übrigen organisieren sich die Schadendienste nach Massgabe der örtlichen Bedürfnisse selbst.

§ 30. Für Autobahnen, Bahnanlagen, Flugplätze, Grosstankanlagen, Fabrikbetriebe usw. kann die Baudirektion im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden oder Betriebsleitungen besondere Regelungen treffen. Betriebswehren

§ 31. <sup>1</sup> Schadensfälle sind unverzüglich dem nächsten Polizeiposten zu melden, dem die Alarmierung gemäss örtlichem Alarmplan obliegt. Pflichten

<sup>2</sup> Der Verursacher hat ohne Verzug alle zur Vermeidung, Eindämmung oder Behebung eines Schadens erforderlichen und zumutbaren Massnahmen zu treffen.

§ 32. Die Organe des Schadendienstes und der Verursacher sind berechtigt, zur Schadenverhütung nötigenfalls in fremdes Eigentum einzugreifen. Eigentums-eingriffe

§ 33. <sup>1</sup> Der Verursacher trägt die Kosten der zur Vermeidung, Eindämmung und Behebung von Gewässerverunreinigungen erforderlichen Massnahmen. Kostentragung

<sup>2</sup> Kann der Verursacher nicht ermittelt werden oder ist er zahlungsunfähig, trägt der Staat die Kosten. Auf Dritte, die aus staatlichen Massnahmen erheblichen Nutzen ziehen, kann Rückgriff genommen werden.<sup>15</sup>

## V. Grundwasserschutz

§ 34. <sup>1</sup> Als Gewässerschutzbereiche im Sinne der Bundesgesetzgebung<sup>8</sup> werden festgelegt: Gewässer-schutzbereiche

- a. die Zonen A, B und C zum Schutz von nutzbaren Grundwasservorkommen,
- b. die Grundwasserschutzzonen im Bereich von Grundwasser- und Quelfassungen sowie
- c. die Grundwasserschutzareale, die für die künftige Nutzung und die künftige künstliche Anreicherung von Grundwasser von Bedeutung sind.

<sup>2</sup> Die Grundwasserschutzzonen und die Grundwasserschutzareale bilden zusammen die Zone S.

<sup>3</sup> Die Zonen A, B und C sowie die Grundwasserschutzareale werden von der Baudirektion nach Anhören der interessierten Gemeinden, die Grundwasserschutzzonen vom Gemeinderat festgelegt.

<sup>4</sup> Die Baudirektion erstellt für sämtliche Gewässerschutzbereiche eine Gewässerschutzkarte, welche laufend den neuen Erkenntnissen anzupassen ist.

<sup>5</sup> Beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits festgesetzte Gewässerschutzbereiche bleiben bestehen. Ihre Änderung erfolgt nach den Vorschriften dieses Gesetzes.

Grundwasser-  
schutzzonen  
a. Festsetzung

§ 35. <sup>1</sup> Die Eigentümer von Grundwasser- und Quellfassungen beschaffen die für die Zonenausscheidung erforderlichen Grundlagen. Auf Antrag der Fassungseigentümer setzt der Gemeinderat die erforderlichen Grundwasserschutzzonen fest und erlässt die zugehörigen Schutzvorschriften. Mit Zustimmung der Baudirektion kann die Behörde der Standortgemeinde die Grundwasserschutzzonen für Anlagen einer anderen Gemeinde festsetzen. In diesem Falle steht der Standortgemeinde für die Zonenausscheidung das Rückgriffsrecht auf die interessierte Gemeinde oder den betreffenden Anlageeigentümer zu.

<sup>2</sup> Die Pläne der Grundwasserschutzzonen und die Schutzvorschriften sind der Baudirektion für bestehende Fassungen bis spätestens 1. Januar 1976, für neue Fassungen gleichzeitig mit dem Konzessionsgesuch zur Genehmigung einzureichen.

<sup>3</sup> Die Baudirektion kann von der Pflicht zur Ausscheidung von Schutzzonen befreien, wenn am Schutz der betreffenden Fassungen keine öffentlichen Interessen bestehen.

<sup>4</sup> Versäumen die Pflichtigen die rechtzeitige Ausscheidung der Schutzzonen oder genügt die getroffene Ausscheidung nicht, so kann die Baudirektion nach erfolgloser Mahnung auf Kosten des Fassungseigentümers die nötigen Untersuchungen durchführen und die Schutzzonen von sich aus festsetzen, sofern dafür ein wesentliches öffentliches Interesse besteht.

<sup>5</sup> Gefährdet ein Vorhaben eine Grund- oder Quellwasserfassung, für welche noch keine Schutzzone besteht, kann bei der Baudirektion um ein auf längstens zwei Jahre befristetes Verbot gegen Vorkehren nachgesucht werden, welche die Verwirklichung der Schutzzone verunmöglichen oder beeinträchtigen könnten.

§ 36. <sup>1</sup> Die Schutzzonen sind in einen Fassungsbereich sowie in eine engere und eine weitere Schutzzone zu unterteilen. Im Fassungs-  
bereich und in der engeren Schutzzone ist das Erstellen neuer und das  
Erweitern bestehender Bauten, Anlagen und Einrichtungen, die nicht  
der Wasserefassung dienen, verboten; Nutzungen des Bodens sind ver-  
boten, wenn sie das Wasser oder die Fassungsanlagen gefährden. In der  
weiteren Schutzzone sind die nach der Bundesgesetzgebung<sup>8</sup> in Zone  
A zu beachtenden Schutzmassnahmen und nötigenfalls weitere  
Schutzvorkehrungen zu treffen.

b. Schutz-  
vorschriften

<sup>2</sup> Der Gemeinderat ordnet die erforderlichen Schutzmassnahmen  
nach Massgabe der bundesrechtlichen Vorschriften sowie der örtlichen  
Bedürfnisse im Einzelfall an. Die Baudirektion erlässt die notwen-  
digen Richtlinien. Rechtskräftig verfügte Anordnungen können im  
Grundbuch angemerkt werden.

§ 37. <sup>1</sup> Die Baudirektion setzt nach Anhören der interessierten  
Gemeinden Areale fest, die für die künftige Nutzung und die künftige  
künstliche Anreicherung von Grundwasser von Bedeutung sind, und  
ordnet nach Massgabe der örtlichen Bedürfnisse die im einzelnen  
erforderlichen Schutzmassnahmen an. Gemeinden und öffentliche  
Wasserversorgungen sind berechtigt, entsprechende Anträge zu stel-  
len. Rechtskräftig verfügte Anordnungen können im Grundbuch an-  
gemerkt werden.

Grundwasser-  
schutzareale

<sup>2</sup> In diesen Arealen dürfen keine Bauten und Anlagen erstellt,  
Materialentnahmen vorgenommen oder Arbeiten ausgeführt werden,  
die das Grundwasser verunreinigen oder künftige Nutzungs- oder  
Anreicherungsanlagen beeinträchtigen könnten.

§ 38. <sup>1</sup> In den Zonen A, B und C bedürfen das Lagern, der Um-  
schlag und die Verarbeitung von wassergefährdenden Stoffen in Tanks  
und Gebindelagern einer kantonalen Bewilligung.

Zonen A, B  
und C

<sup>2</sup> Die in den einzelnen Zonen zu treffenden Schutzmassnahmen für  
die Lagerung, den Umschlag und die Verarbeitung wassergefährden-  
der Stoffe werden im Einzelfall nach den einschlägigen Vorschriften  
und Richtlinien des Bundes und des Kantons angeordnet.

§ 39. <sup>1</sup> Die Pläne über die Ausscheidung von Schutzzonen und  
Schutzarealen sowie die zugehörigen Schutzvorschriften sind nach  
ihrer Festsetzung öffentlich bekannt zu machen und aufzulegen sowie  
den betroffenen Grundeigentümern mitzuteilen. Der Rechtsschutz  
der Betroffenen richtet sich nach dem Gesetz über das Gemeinde-  
wesen<sup>2</sup> sowie nach dem Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungs-  
sachen<sup>3</sup>.

Rechtsschutz

<sup>2</sup> Wer durch die Festsetzung der Zonen A, B und C in seinen Rechten betroffen ist, kann im Bewilligungsverfahren den Beweis erbringen, dass die vorgenommene Abgrenzung der Gewässerschutzbereiche den hydrogeologischen Verhältnissen des Einzelfalles nicht gerecht wird.

Kostentragung § 40. <sup>1</sup> Die bei der Festsetzung von Schutzzonen und Schutzarealen erwachsenden Kosten sind von den an der Ausscheidung Interessierten zu tragen.

<sup>2</sup> Bei vorsorglichen Ausscheidungen kann die Baudirektion die Kosten auf die späteren Eigentümer von Grundwasserfassungen und Anreicherungsanlagen abwälzen.

Material-entnahme § 41. <sup>1</sup> Die Gewinnung von Kies, Sand und anderem Material bedarf einer kantonalen Bewilligung. Dafür wird eine einmalige oder wiederkehrende Gebühr erhoben.

<sup>2</sup> Über nutzbarem Grundwasser ist eine schützende Materialschicht zu belassen, die nach den örtlichen Gegebenheiten zu bemessen ist. Im Bewilligungsverfahren sind Massnahmen zur angemessenen Wiederherstellung der Landschaft, in der Regel durch Auffüllung, anzuordnen.

## **VI. Beiträge und Gebühren**

Mehrwertsbeiträge  
a. Leistungspflicht § 42.<sup>13</sup> <sup>1</sup> Die Grundeigentümer, deren Liegenschaften durch den Bau öffentlicher Abwasserleitungen eine Wertvermehrung erfahren, haben der Gemeinde Beiträge an die Kosten zu leisten.

<sup>2</sup> Der einzelne Beitrag darf höchstens auf die Hälfte des Mehrwertes der Liegenschaft, bei Befreiung von besonderen Lasten höchstens auf deren halben Wert angesetzt werden.

b. Verfahren § 43. <sup>1</sup> Die Beiträge werden in dem für den Bezug von Mehrwertsbeiträgen nach der kantonalen Gesetzgebung über die Abtretung von Privatrechten<sup>5</sup> vorgeschriebenen Verfahren erhoben.

<sup>2</sup> Hat der Grundeigentümer für die Ausführung der Anlagen Rechte abzutreten, so wird die ihm zu leistende Entschädigung mit dem Mehrwertsbeitrag verrechnet.

<sup>3</sup> Schuldner des Beitrags bleibt, wer im Zeitpunkt der Vollendung der Anlage Eigentümer des Grundstücks ist, für das die Beitragspflicht besteht.

§ 44. <sup>1</sup> Die Beiträge sind, soweit sie nicht verrechnet werden, in c. Fälligkeit der Regel innert sechs Monaten seit der rechtskräftigen Feststellung von Bestand und Umfang der Beitragspflicht und der allfälligen Abtretungsschädigung für das betreffende Grundstück, frühestens jedoch sechs Monate nach der Bauvollendung, zu bezahlen.

<sup>2</sup> Die Zahlungsfrist kann ausnahmsweise, wenn die Verhältnisse des Beitragspflichtigen es rechtfertigen, bis auf fünf Jahre erstreckt werden. Die Beitragssumme ist in diesem Fall vom Zeitpunkt des Ablaufes der ordentlichen Zahlungsfrist an zum Zinsfuss der Zürcher Kantonbank für neue erste Hypotheken auf Wohnliegenschaften zu verzinsen. Fallen die Gründe für die Erstreckung der Zahlungsfrist dahin, wird die Stundung widerrufen.

§ 45.<sup>15</sup> <sup>1</sup> Für die Benützung der öffentlichen Abwasser- und Gebühren Abfallbeseitigungsanlagen erheben die Gemeinden kostendeckende Gebühren.

<sup>2</sup> Die Gebühren decken die nach Abzug allfälliger Bundes- und Staatsbeiträge verbleibenden Kosten für Bau, Betrieb, Unterhalt, Verzinsung und Abschreibung der Anlagen sowie die übrigen Kosten der Abwasserbeseitigung.

## VII. Staatsbeiträge

§ 46.<sup>18</sup> <sup>1</sup> Liegt ein gewichtiges öffentliches Interesse vor, kann der Förderung Regierungsrat

- a. Massnahmen der Gemeinden und Dritter zu Gunsten des Gewässerschutzes fördern;
- b. Anlagen zur Siedlungsentwässerung und Abwasserreinigung bis zu 75% der anrechenbaren Kosten subventionieren.

<sup>2</sup> Es können insbesondere auch zinsgünstige Darlehen, Risikogarantien oder Bürgschaften gewährt werden.

§§ 47–50.<sup>19</sup>

§ 51. <sup>1</sup> Der Regierungsrat kann private Unternehmungen zur Öffentlich-erklärung Erstellung und zum Betrieb von Anlagen im Sinne von § 46 als öffentliche Unternehmungen erklären, insbesondere wenn sie einem grösseren Personenkreis dienen sollen.

<sup>2</sup> Dem Bauherrn stehen die den öffentlichen Unternehmungen durch die kantonale Gesetzgebung über die Abtretung von Privatrechten<sup>5</sup> eingeräumten Rechte zu.<sup>18</sup>

**VIII. Schlussbestimmungen**

- Rechtsschutz § 52. <sup>1</sup> Der Rechtsschutz richtet sich nach dem Gesetz über das Gemeindewesen<sup>2</sup> und nach dem Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen<sup>3</sup>.
- <sup>2</sup> Gegen Verfügungen des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft<sup>18</sup> auf Grund dieses Gesetzes kann innert 20 Tagen<sup>16</sup> mit schriftlicher Begründung bei der Baudirektion Rekurs erhoben werden.
- Strafbestimmung § 53. <sup>1</sup> Wer vorsätzlich gegen dieses Gesetz oder ausführende Erlasse und gestützt darauf ergangene Verfügungen verstösst, wird unter Vorbehalt der Anwendung des Strafgesetzbuches<sup>6</sup> und der Gewässerschutzgebung<sup>8</sup> des Bundes mit Busse bis Fr. 50 000 bestraft. Handelt der Täter aus Gewinnsucht, so ist die Höhe der Busse unbeschränkt. Handelt der Täter fahrlässig, wird er mit Busse bis Fr. 20 000 bestraft.<sup>20</sup>
- <sup>2</sup> Versuch, Anstiftung und Gehilfenschaft sind strafbar.
- <sup>3</sup> Für Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben durch Beauftragte und dergleichen gelten die entsprechenden Vorschriften der Gewässerschutzgebung<sup>8</sup> des Bundes.
- <sup>4</sup> Juristische Personen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften sowie Inhaber von Einzelfirmen haften solidarisch für Bussen und Kosten, die ihren Organen oder Hilfspersonen auferlegt werden, im Verfahren stehen ihnen die gleichen Rechte wie den Beschuldigten zu.
- <sup>5</sup> Strafurteile sind der Baudirektion mitzuteilen.
- Aufhebung bisherigen Rechts § 54. Die mit diesem Gesetz in Widerspruch stehenden Bestimmungen früherer Gesetze werden aufgehoben, insbesondere: . . .<sup>10</sup>
- Änderung bisherigen Rechts  
a. Wassergesetz § 55. Das Gesetz über die Gewässer und den Gewässerschutz (Wassergesetz) vom 15. Dezember 1901/2. Juli 1967 wird wie folgt geändert: . . .<sup>10</sup>
- b. EG zum ZGB § 56. § 194 lit. f des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 2. April 1911 wird wie folgt geändert: . . .<sup>10</sup>
- Vollzug § 57. <sup>1</sup> Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften<sup>4</sup>.
- <sup>2</sup> Er kann mit andern Kantonen Vereinbarungen über die gemeinsame Durchführung von Gewässerschutzmassnahmen abschliessen.

§ 58. Dieses Gesetz tritt, sofern die Stimmberechtigten es annehmen, nach der amtlichen Veröffentlichung des Kantonsratsbeschlusses über die Erhaltung und nach der Genehmigung durch den Bundesrat<sup>11</sup> auf den vom Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft<sup>9</sup>. Inkrafttreten

**Übergangsbestimmung zur Gesetzesänderung vom 15. März 2004**  
([OS 59, 495](#))

Für Gesuche, die vor dem Inkrafttreten des geänderten § 46 eingereicht werden, gilt das bisherige Recht.

---

<sup>1</sup> OS 45, 441 und GS V, 318.

<sup>2</sup> [LS 131.1](#).

<sup>3</sup> [LS 175.2](#).

<sup>4</sup> [LS 711.11](#).

<sup>5</sup> [LS 781](#).

<sup>6</sup> [SR 311.0](#).

<sup>7</sup> [SR 814.20](#).

<sup>8</sup> [SR 814.20 ff.](#)

<sup>9</sup> In Kraft seit 1. Juli 1975.

<sup>10</sup> Text siehe OS 45, 458.

<sup>11</sup> Vom Bundesrat am 5. Juni 1975 genehmigt.

<sup>12</sup> Fassung gemäss Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990 (OS 51, 77). In Kraft seit 1. Januar 1991 (OS 51, 350).

<sup>13</sup> Fassung gemäss Wasserwirtschaftsgesetz vom 2. Juni 1991 (OS 51, 707). In Kraft seit 1. Januar 1993 (OS 52, 255).

<sup>14</sup> Aufgehoben durch Abfallgesetz vom 25. September 1994 (OS 52, 950). In Kraft seit 1. Januar 1996 (OS 53, 46).

## 711.1

### Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz

- <sup>15</sup> Fassung gemäss Abfallgesetz vom 25. September 1994 (OS 52, 950). In Kraft seit 1. Januar 1996 (OS 53, 46).
- <sup>16</sup> Heute 30 Tage gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz in der Fassung vom 8. Juni 1997 (OS 54, 268).
- <sup>17</sup> Eingefügt durch G vom 15. März 2004 ([OS 59, 493](#)). In Kraft seit 1. Januar 2005 ([OS 59, 495](#)).
- <sup>18</sup> Fassung gemäss G vom 15. März 2004 ([OS 59, 493](#)). In Kraft seit 1. Januar 2005 ([OS 59, 495](#)).
- <sup>19</sup> Aufgehoben durch G vom 15. März 2004 ([OS 59, 493](#)). In Kraft seit 1. Januar 2005 ([OS 59, 495](#)).
- <sup>20</sup> Fassung gemäss G über die Anpassung an den geänderten allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches und an das neue Jugendstrafgesetz vom 19. Juni 2006 ([OS 61, 391](#); [ABl 2005, 1483](#)). In Kraft seit 1. Januar 2007.